



EDK | CDIP | CDPE | CDEP |

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione
Conferenza svizra dals directurs chantunals da l'educaziun publica

29. Mai 2017
261.421.9 pu

Per Mail:
vernehmlassung.hbb@sbfi.admin.ch

Johann N. Schneider-Ammann
Vorsteher WBF
Schwanengasse 2
3003 Bern

Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Berufsbildung (BBV): Stellungnahme der EDK

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zur Änderung der Verordnung über die Berufsbildung (BBV): *Stärkung der höheren Berufsbildung* Stellung nehmen zu können.

Wir begrüssen die vorgeschlagene Änderung. Durch die Festsetzung eines Deckungsgrades von 50% für die Finanzierung der Kursgebühren wird die Ausbildung im Hinblick auf die eidgenössischen Berufsprüfungen und die eidgenössischen höheren Fachprüfungen erheblich gestärkt.

Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln:

Art. 66c Bst. a und Art. 66e Abs. 1 Bst. a

In diesem Artikel wird die Ausrichtung der Beiträge vom Wohnsitz in der Schweiz abhängig gemacht. Die Definition des Wohnsitzes erscheint allerdings zu unbestimmt, obwohl der erläuternde Bericht einen Verweis auf die Bestimmungen der Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV) enthält. Diese Regelung ist komplex und entspricht nicht dem Absolventenkreis der Vorbereitungskurse.

Es ist für die Schaffung von Klarheit sowie für die Verhinderung eines allfälligen „Ausbildungstourismus“ wichtig, dass in der Verordnung selbst der Wohnsitz klar definiert ist, der die Voraussetzung für den Beitrag bildet. Mehrere Varianten können dafür in Betracht gezogen werden: der zivilrechtliche, der steuerrechtliche oder der stipendienrechtliche Wohnsitz. Wir bitten Sie, im Rahmen der weiteren Arbeiten, an denen sich die EDK gern beteiligt, diese Varianten zu prüfen und deren finanziellen Folgen aufzuzeigen. Im Übrigen geht aus der Dokumentation nicht klar hervor, wie der Wohnsitz der gesuchstellenden Person überprüft wird.

Für die Grenzkantone ist zudem problematisch, dass zahlreiche Unternehmen Grenzgänger beschäftigen. Angebote für Vorbereitungskurse, eidgenössische Berufsprüfungen oder eidgenössische höhere Fachprüfungen müssen auch für diese Personen vorliegen, um die Weiterbildung der Führungskräfte zu gewährleisten. Um die Qualität der Kaderausbildung in ihren Unternehmen sicherzustellen, müssen die Grenzkantone einen erhöhten Finanzierungsaufwand leisten, der die Berufsbildung als Ganzes schwächen könnte.

Generalsekretariat | Secrétariat général

Haus der Kantone, Speichergasse 6, Postfach, CH-3001 Bern | T: +41 (0)31 309 51 11, F: +41 (0)31 309 51 50, www.edk.ch, edk@edk.ch

IDES Informationszentrum | Centre d'information | T: +41 (0)31 309 51 00, F: +41 (0)31 309 51 10, ides@edk.ch

Es wird daher beantragt, dass der Bund für diese Fälle die Möglichkeit einer alternativen Regelung prüft. Eine Möglichkeit könnte sein, den Arbeitsorts anstelle des Wohnorts als Kriterium zu berücksichtigen, um die Bundessubventionen nutzen zu können.

Anträge:

- Klare Definition des beitragsberechtigten Wohnsitz
- Erarbeiten einer alternativen Lösung für Grenzgänger

Art. 66c Bst. b d und Art. 66e Abs. 1 Bst. b

Als weiteres Kriterium für den Erhalt der Beiträge muss der vorbereitende Kurs im Jahr des Besuchs auf der Meldeliste der beitragsberechtigenden Kurse verzeichnet sein (vgl. Art. 66g und 66i). In diesem Zusammenhang ist nicht klar, welcher Beitragsanspruch besteht, wenn ein mehrjähriger Kurs zum Zeitpunkt, in dem er abgeschlossen wird, nicht mehr auf der betreffenden Liste aufgeführt ist. Wird der Beitrag proportional zum Zeitabschnitt ausgerichtet, in dem der Kurs auf der Meldeliste aufgeführt war?

Antrag: Diesen Fall klären.

Art. 66c Bst. b und Art. 66e Abs. 1 Bst. c

Es kommt vor, dass zwei eidgenössische Prüfungen aufeinanderfolgen, wobei die eidgenössische Berufsprüfung eine Voraussetzung für die eidgenössische höhere Fachprüfung darstellt. Diese Kombination von vorbereitenden Kursen ist in der Verordnung nicht geregelt. Es sollte klargestellt werden, dass sich die Subventionierung nur auf jene vorbereitenden Kurse bezieht, die sich direkt auf die eidgenössische Berufsprüfung oder auf die eidgenössische höhere Fachprüfung beziehen.

Antrag: Diesen Fall klären.

Weiterer möglicher Fall: Eine Ausbildung an einer höheren Fachschule kann den Zugang an eine eidg. Berufsprüfung oder an eine eidg. höhere Fachprüfung ermöglichen. Hierbei muss verhindert werden, dass der gewählte Ausbildungsweg doppelt finanziert wird; durch den Kanton im Rahmen der HFSV *und* durch den Bund im Rahmen eines Vorbereitungskurses. Es ist wichtig, dass die Ausbildungen, die subventionierungsberechtigt sind und in der Meldeliste aufgeführt sind, nicht gleichzeitig auch als Ausbildungsgänge der höheren Fachschulen anerkannt sind.

Anträge:

- Gewährleisten, dass die subventionsberechtigten und in der Meldeliste aufgenommenen Kurse nicht gleichzeitig über die HFSV finanziert werden.
- Aufbauen eines Monitorings mit dem überprüft wird, dass die Vorbereitungskurse nicht von einer Doppelfinanzierung durch die Kantone *und* durch den Bund profitieren.

Art. 66e Abs. 1 Bst. f

Das Kriterium zur Rechtfertigung eines Antrags auf Ausrichtung von Teilbeiträgen vor Abschluss der eidgenössischen Berufsprüfung oder der eidgenössischen höheren Fachprüfung ist zwar einfach, stellt aber sehr strenge Anforderungen. Die SBBK weist darauf hin, dass hier die Gefahr einer Heiratsstrafe besteht. Wenn ein Ehepaar direkte Bundessteuern bezahlt, könnte einer der beiden Partner selbst bei einem beschränkten Einkommen keine Teilbeiträge erhalten.

Antrag: Das Kriterium anpassen, um Paare nicht zu benachteiligen.

Art. 66f Abs. 3

Im Artikel wird der Beitragssatz auf 50% der Kursgebühren festgesetzt. Allerdings sind diese Kursgebühren nicht definiert. Insbesondere ist nicht klar, ob sie auch die Kosten der Lehrmittel umfassen, die sehr hoch sein können.

Antrag: Klarstellen, ob die Lehrmittel Teil der Kursgebühren bilden, die für die Ausrichtung der Beiträge angerechnet werden.

Art. 66g Abs. 4

Es ist nicht klar, welche Folgen sich für Personen ergeben, die einen Kurs besuchen, wenn dieser Kurs nicht in die Meldeliste aufgenommen wird (vgl. Bemerkungen zu Art. 66c).

Im Übrigen schlägt die SBBK vor, dass der Anbieter eines beitragsberechtigenden Kurses ein anerkanntes Qualitätssystem nachweisen muss.

Antrag: In Artikel 66g Absatz 4 einen Buchstaben c hinzufügen: Der Anbieter verfügt über ein anerkanntes Qualitätssystem (mindestens eduQua).

Art. 78a Abs. 2

Um jede Doppelfinanzierung in der Übergangsphase (allmähliches Auslaufen der Finanzierung über die Interkantonale Fachschulvereinbarung, FSV) zu vermeiden, müssen die Übergangsbestimmungen ergänzt werden und es muss klargestellt werden, dass die Beiträge nur für Kurse ausgerichtet werden, die keine anderen öffentlichen Hilfen gemäss der Interkantonalen Fachschulvereinbarung (FSV) erhalten.

Antrag: Absatz 2 wie folgt ergänzen: «... und keinen Beitrag gemäss der Interkantonalen Fachschulvereinbarung (FSV) erhalten».

Erläuternder Bericht zur Vernehmlassungsvorlage

Abbildung 1, S. 5 «Bisherige angebotsorientierte Finanzierung vs. neue subjektorientierte Finanzierung (Systemwechsel)» sollte ergänzt werden: In der Darstellung des neuen Systems sollte ein zusätzlicher Pfeil zwischen «Kantone» und «Absolvierende / Teilnehmende» eingefügt werden. Denn die zusätzliche Finanzierung bei Bedarf, welche die Kantone übernehmen können, muss sowohl zugunsten der Anbieter als auch der Personen erfolgen können.

Antrag: Einen Pfeil zwischen «Kantone» und «Absolvierende / Teilnehmende» einfügen.

Eine Unterstützung der Kursanbieter in einem Kanton würde das Angebot vergünstigen, was dazu führen könnte, dass Angebote in einem Nachbarkanton konkurrenziert werden würden.

Antrag: Präzisieren, dass Wettbewerbsverzerrungen nicht nur zwischen privaten und kantonalen Angeboten ausgeschlossen werden müssen, sondern auch im interkantonalen Vergleich.

Zusätzliche Bemerkungen

Studien zeigen, dass die Kosten für vorbereitende Kurse und Prüfungen für Teilnehmende bis zu 30% komplett durch die Arbeitgeber bezahlt werden. Bei bis zu weiteren 58% tragen die Arbeitgeber zudem einen Anteil der Kosten.

Einige Kantone prüfen zudem, ob es für die Vorfinanzierung der Kurskosten eine Möglichkeit der Vorfinanzierung mit Darlehen gäbe. Es ist ein grosses Anliegen, dass die künftigen Bundesbeiträge an die Arbeitgeber, an die Darlehensgeber oder an andere Vorfinanzierer rechtsgültig zediert werden könnten.

Antrag: Aufnehmen der Möglichkeit der Zession des künftigen Bundesbeitrags in die Verordnungsänderung.

Die EDK geht davon aus, dass für diese Beiträge das Bundesgesetz über Finanzhilfen und Abgeltungen (Subventionsgesetz, SuG) anwendbar ist, das die Verwendung der Beiträge zum Zweck von wirtschaftlichen Vorteilen untersagt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung der Anliegen der EDK zur Änderung der Verordnung über die Berufsbildung (BBV).

Freundliche Grüsse

**Schweizerische Konferenz
der kantonalen Erziehungsdirektoren**

Im Namen des Vorstandes:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'S. Hardmeier', with a stylized, cursive script.

Susanne Hardmeier
Generalsekretärin

Kopie:

- Konferenzmitglieder